



Niederschrift

über die

Sitzung des Kreisausschusses (Sondersitzung)

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 01.08.2012
Beginn: 08:00 Uhr
Ende: 08:30 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II
- Sondersitzung -

Anwesend waren:

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Schäfer, Elisabeth
Joßberger, Ernst

Mitglieder der CSU Fraktion

Ländner, Manfred MdL
Eberth, Thomas
Friedrich, Rainer
Lehrieder, Paul MdB

Mitglieder der SPD Fraktion

Halbleib, Volkmar MdL
Linsenbreder, Eva
Stichler, Peter

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Trautner, Christoph

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fuchs, Rainer

Mitglieder der FDP

Kuhl, Wolfgang

Stellvertreter

Kinzkofer, Rainer
Meckelein, Karl
Mühleck, Ludwig

Vertreter für Herrn Stefan Wolfshörndl
Vertreter für Herrn Bruno Scheiner
Vertreter für Herrn Heinrich Freiherr von Zobel

Schriftführer/in

Troll, Margarete

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien
3 Zuhörer
Herr Eisner (Mittelschule Veitshöchheim)
Herr Gauer (Handwerkskammer Würzburg)

vom Landratsamt:

Herr Buchner
Herr Horlemann
Herr Heuschmann
Herr Krug
Herr Künzig
Frau Schorno

Abwesend/Entschuldigt:

stellv. Landrat

Wolfshörndl, Stefan

Mitglieder der CSU Fraktion

Scheiner, Bruno
Wallrapp, Maria

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Heinrich

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Vertiefte Berufsorientierung an Mittelschulen
2. Sonstiges

ZB/003/2012

Landrat Eberhard Nuß begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie die Vertreter der Medien.

Er weist darauf hin, dass zu dieser Sitzung mit verkürzter Ladefrist eingeladen wurde, da ein sehr brisantes Thema dringend behandelt werden müsse.

Kreisausschuss	Termin 01.08.2012	Vorlage: ZB/003/2012
		TOP 1
		öffentlich

Fachbereich: Zentraler Steuerungs- und Service-Bereich

Betreff:

Vertiefte Berufsorientierung an Mittelschulen

Sachverhalt:

Das laufende Projekt „Vertiefte Berufsorientierung an Mittelschulen“ im Landkreis Würzburg läuft endgültig zum Ende des Schuljahres 2011/2012 aus. Dies hat zur Folge, dass die sogenannten „Übergangsmanager“ nicht mehr in dieser Funktion weiterbeschäftigt werden können. Herr Hain, Herr Schulrat Pfeuffer sowie die Schulleiter, Elternbeiräte und Bürgermeister der an diesem Projekt beteiligten Mittelschulen haben übereinstimmend berichtet, welche hervorragende, erfolgreiche und unverzichtbare Arbeit die Übergangsmanager in den vergangenen Jahren geleistet hätten (und somit zumindest zum Teil ihren Arbeitsplatz verlieren).

Künftig ist die Berufsorientierung nur noch über die klassischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit möglich, das heißt die Schulen können bestimmte Module buchen, die einzelne Themenbereiche abdecken. Diese Module sind von den Lehrern in den Unterricht einzubauen.

Nach Aussage der betroffenen Schulleiter wie auch nach Aussage des Staatlichen Schulamtes (Herr Schulrat Pfeuffer) können diese Module die vertiefte Berufsorientierung in der bisherigen Form nicht ersetzen und sind nach Meinung der Schulleitungen ein untaugliches Mittel. Des Weiteren steht noch der sogenannte Berufseinstiegsbegleiter als ein Instrument der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung, jedoch scheitert der Einsatz einer solchen Maßnahme daran, dass dieser Berufseinstiegsbegleiter bisher nur als Modellprojekt an 1.000 ausgewählten

Schulen bundesweit besteht und zu einer weiteren Ausbreitung eine Kofinanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Land notwendig ist. Eine solche Kofinanzierungsvereinbarung wurde nicht abgeschlossen und dürfte auch - zumindest kurz- und mittelfristig - nicht zu erwarten sein.

Als Fazit daraus bleibt festzuhalten, dass nach Auffassung der Schulen und des Staatlichen Schulamtes derzeit kein adäquater Ersatz für die auslaufende vertiefte Berufsorientierung zur Verfügung steht.

Die Problematik wurde im Fraktionsvorsitzendengespräch am 26.07.2012 im Landratsamt unter Leitung von Herrn Landrat Nuß eingehend besprochen. Zu diesem Fraktionsvorsitzendengespräch eingeladen waren neben den Fraktionsvorsitzenden auch der Bundestagsabgeordnete Paul Lehrieder, die stellvertretenden Landräte, der Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit für den Bereich Würzburg, Herr Eugen Hain, und Herr Schulrat Erwin Pfeuffer vom Staatlichen Schulamt. Von der Verwaltung des Landratsamtes Würzburg nahmen Herr Horlemann und Herr Krug an diesem Gespräch teil.

Nach ausführlicher Erörterung der Sachlage und Abwägung aller eventuellen Möglichkeiten kamen die Anwesenden zu dem Ergebnis, dass die einzig sinnvolle Alternative die Weiterführung des bisherigen Modellprojektes ist. Es ist klar, dass zur Weiterführung dieses Projek-

tes keinerlei staatliche Zuschüsse, weder von Bundes- noch von Landesseite, zu erwarten sind. Die Fortführung ist nur im Rahmen einer freiwilligen Leistung des Landkreises Würzburg im Rahmen der Jugendhilfe möglich.

Von Seiten der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit zur Schaffung neuer freiwilligen Leistungen beim Kreistag des Landkreises Würzburg liegt. Aufgrund der Eilbedürftigkeit kam man in dem Fraktionsvorsitzendengespräch überein, dass die Entscheidung über die Fortführung der Maßnahme und die Bereitstellung der entsprechenden Mittel in einer Sondersitzung des Kreisausschusses erfolgen soll.

Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen nach derzeitigem Stand (mitgeteilt durch das Staatliche Schulamt) pro Schuljahr ca. 250.000 €.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten:

1. Für die Weiterführung der Maßnahme „Vertiefte Berufsorientierung für Mittelschulen“ im Landkreis Würzburg übernimmt der Landkreis Würzburg die durch den Bund und den Freistaat Bayern getragenen Kosten im bisherigen Umfang.
2. Eine Ausweitung der Maßnahme auf bisher noch nicht beteiligte Mittelschulen kommt nicht in Betracht.
3. Der Landkreis Würzburg wird nicht Arbeitgeber der Übergangsmanager. Die bisherige Beschäftigungsstruktur ist beizubehalten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, während des Schuljahres 2012/2013 mit den beteiligten Gemeinden eine neue Finanzierungsstruktur zu erarbeiten.
5. Die neue Finanzierungsstruktur ist dem Kreistag des Landkreises Würzburg so rechtzeitig vorzulegen, dass rechtzeitig über eine eventuelle Fortführung des Projektes über das Schuljahr 2012/2013 hinaus entschieden werden kann.

Debatte:

Landrat Nuß trägt zunächst den Sachverhalt im Detail vor.

Kreisrat Ländner führt aus, dass er das Modell des Übergangsmanagers für sehr sinnvoll halte. Er erinnert nochmals an die bisherige Finanzierung, bei der 50 % der Bund über die Arbeitsagentur und 50 % das Land getragen hätten. Die Manager selbst seien über die Schule und die Handwerkskammer eingesetzt. Dieses Modell, das sich im Landkreis Würzburg sehr bewährt habe, falle allerdings nicht unter die gesetzlichen Rahmen- und Förderbedingungen.

Die Schaffung des Übergangsmanagers im Landkreis war eine Art Leuchtturmprojekt speziell für den Landkreis Würzburg. Dies sei durch einen sehr intensiven Einsatz der Abgeordneten Halbleib und Ländner für das Schuljahr 2011/2012 erreicht worden. Seit dem vergangenen Schuljahr liefen intensive Prüfungen und Gespräche zwischen den Abgeordneten, der Regierung und dem Ministerium mit dem Ziel, dieses Projekt auch weiterhin gefördert zu bekommen.

Am 18.06.2012 seit dann die Botschaft der Arbeitsagentur eingetroffen, dass keine weitere Förderung möglich sei, da eine Beanstandung durch den Rechnungshof bevorstehe.

Er plädiere in jedem Falle dafür, das Modell fortzuführen, da es überaus sinnvoll sei. Es werde daher weiterhin intensiv verhandelt, auch mit der Wirtschaft, wie der Übergangsmanager in der Form des Würzburger Modells gehalten werden könne. Die Berufseinstiegsbegleiter entsprechen nicht dem Modell des Landkreises.

Er bitte daher um Zustimmung zu dem heute vorgelegten Beschlussvorschlag, dass der Landkreis Würzburg für das Schuljahr 2011/2012 einspringe.

Kreisrat Fuchs teilt mit, dass die UWG den heutigen Beschlussvorschlag mittrage, obwohl es sich um eine freiwillige Leistung handle. Er halte es aber für sehr wichtig, dringend eine neue Finanzierung zu finden, mit Beteiligung der Gemeinden.

Kreisrat Halbleib bestätigt, dass er ebenso wie Kollege Ländner als Abgeordneter alles versucht habe, den Freistaat Bayern und die Agentur für Arbeit zur Verlängerung der Finanzierung des Landkreismodells zu bewegen, da dies unbestritten sehr wertvoll sei. Bayernweit hat es der Landkreis als einziger verstanden, diesen Weg zu gehen. Nachdem am 18.06.2012 klar war, dass diese Finanzierung nicht mehr möglich ist, habe er an den Landrat das Signal gegeben, dass nur über einen Weg dieses lohnenswerte Modell weitergeführt werden könne, nämlich über eine Förderung des Landkreises. Sicher könne jeder Beteiligte, ob Freistaat, Arbeitsagentur oder Landkreis sagen, das ist nicht meine ursächliche Hauptaufgabe. Um dieses lohnenswerte Modell am Leben zu erhalten hätten alle drei Genannten aber eine wichtige Rolle.

Kreisrat Trautner stellt fest, dass es tragisch wäre, wenn dieses Projekt, das wirklich gut angekommen sei, gescheitert wäre. Er könne aus eigener Erfahrung sagen, wie vorteilhaft die Nähe des Übergangsmanagers zu den Schulen und den Schülern sei. Man könne direkt alles vor Ort besprechen, ob es eine Bewerbung sei, ein Termin bei einem Arbeitgeber und vieles mehr. Die Übergangsmanager hätten das Vertrauen der Schulen und Schüler, deshalb brauche man auch keine neuen Personen. Denn eines müsse man wissen, wenn die Vermittlung so gut sei, wie bisher, gebe es weniger Arbeitslose und weniger Menschen, die Sozialhilfe benötigen. Daher begrüße er den heute unterbreiteten Vorschlag und könne diesen mittragen.

Kreisrat Kinzkofer spricht seinen Dank für den Übergangsmanager in dem Würzburger Modell aus. Es gäbe 8 Landkreis-Mittelschulen, die wiederum Schulverbünde hätten, somit bestünde eine gemeindeübergreifende Abdeckung im Landkreis. Im Interesse der Schüler sei es wichtig, dieses Erfolgsmodell weiterlaufen zu lassen und auch langfristig zu sichern. Er sehe weniger die Gemeinden im Boot, als eher den Landkreis.

Kreisrat Lehrieder weist darauf hin, dass es auch die Berufseinstiegsbegleitung gäbe, die in etwa 1000 Schulen als Modellprojekt gefördert würden. Leider könnten hier keine weiteren Schulen dazukommen. Man müsse aber dafür sorgen, dass dieses Projekt weiterentwickelt und auf alle interessierten Schulen ausgedehnt werde. Die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung sei gesichert. Insgesamt sei er dankbar für den heute ersichtlichen Konsens, ein Jahr lang durch den Landkreis die Übergangsmanager zu finanzieren. Man müsse aber dafür sorgen, dass in der Zwischenzeit ein ordentliches Finanzkonzept erarbeitet und auf Dauer gesichert werde, an dem Land und Bund beteiligt sind.

Kreisrat Stichler fragt nach, ob man das aushalten könne, wenn neben den acht beteiligten Mittelschulen weitere Schulen aus dem Landkreis einsteigen wollten. Darüber hinaus möchte er wissen, wer künftig die Arbeitsverträge unterschreibt.

Herr Horlemann erwidert, dass nach seinen Unterlagen 12 Mittelschulen im Landkreis seien. Allerdings hätten Estenfeld und Ochsenfurt keine solche Förderung beantragt, Arbeitsverträge würden wie bisher von der GFI und HWK abgeschlossen. Hier ändere sich nichts.

Kreisrat Ländner ergänzt, dass die Situation in Ochsenfurt eine andere sei. Ochsenfurt habe Jugendsozialarbeit an Schulen, weshalb das Programm zur vertieften Berufsorientierung nicht gewählt wurde. Estenfeld gehöre zum Sprengel Rimpfing und arbeite auch anders, weshalb das Modellprojekt nicht gewählt wurde. Man könne also davon ausgehen, dass keine anderen Schulen im Landkreis betroffen sind.

Landrat Nuß bedankt sich für die abgegebenen Stellungnahmen und die faire Diskussion und trägt dann den Beschlussvorschlag vor.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt:

1. Für die Weiterführung der Maßnahme „Vertiefte Berufsorientierung für Mittelschulen“ im Landkreis Würzburg übernimmt der Landkreis Würzburg die durch den Bund und den Freistaat Bayern getragenen Kosten im bisherigen Umfang.
2. Eine Ausweitung der Maßnahme auf bisher noch nicht beteiligte Mittelschulen kommt nicht in Betracht.
3. Der Landkreis Würzburg wird nicht Arbeitgeber der Übergangsmanager. Die bisherige Beschäftigungsstruktur ist beizubehalten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, während des Schuljahres 2012/2013 mit den beteiligten Gemeinden eine neue Finanzierungsstruktur zu erarbeiten.
5. Die neue Finanzierungsstruktur ist dem Kreistag des Landkreises Würzburg so rechtzeitig vorzulegen, dass rechtzeitig über eine eventuelle Fortführung des Projektes über das Schuljahr 2012/2013 hinaus entschieden werden kann.

Die Maßnahme erfolgt im Rahmen einer freiwilligen Leistung im Bereich der Jugendhilfe. Die benötigten Haushaltsmittel werden als außerplanmäßige Ausgaben genehmigt und können im Rahmen des Organisationsbudgets der Jugendhilfe bereitgestellt werden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt:

1. Für die Weiterführung der Maßnahme „Vertiefte Berufsorientierung für Mittelschulen“ im Landkreis Würzburg übernimmt der Landkreis Würzburg die durch den Bund und den Freistaat Bayern getragenen Kosten im bisherigen Umfang.
2. Eine Ausweitung der Maßnahme auf bisher noch nicht beteiligte Mittelschulen kommt nicht in Betracht.
3. Der Landkreis Würzburg wird nicht Arbeitgeber der Übergangsmannager. Die bisherige Beschäftigungsstruktur ist beizubehalten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, während des Schuljahres 2012/2013 mit den beteiligten Gemeinden eine neue Finanzierungsstruktur zu erarbeiten.
5. Die neue Finanzierungsstruktur ist dem Kreistag des Landkreises Würzburg so rechtzeitig vorzulegen, dass rechtzeitig über eine eventuelle Fortführung des Projektes über das Schuljahr 2012/2013 hinaus entschieden werden kann.

Die Maßnahme erfolgt im Rahmen einer freiwilligen Leistung im Bereich der Jugendhilfe. Die benötigten Haushaltsmittel werden als außerplanmäßige Ausgaben genehmigt und können im Rahmen des Organisationsbudgets der Jugendhilfe bereitgestellt werden.

Ergebnis: Ja: 12 Nein: 1

Beschluss-Nr.: KA/2012.08.01/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an: ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an: GB 3

Troll
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreisausschuss	Termin 01.08.2012	Vorlage:
		TOP 2
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

Sonstiges

Es liegen keine Wünsche und Anträge vor.

Troll
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r